

Bundesministerium
für Wirtschaft und Energie
Scharnhorststraße 34 -37
10115 Berlin

Ansprechpartner:
Herr Kadau
☎ 0611/1507-30
ka-wit

19.01.2016

Ihre Zeichen: G 5505-297

Dritter Nachtrag zu der Rückbürgschaftserklärung ab 01.01.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bestätigen den Eingang des Originals des Dritten Nachtrages vom 22.12.2015 zu der Rückbürgschaftserklärung ab 01.01.2013 und nehmen diesen an.

Mit freundlichen Grüßen

BÜRGSCHAFTSBANK HESSEN GMBH



Bürgschaftsbank Hessen GmbH

Postfach 37 07, 65027 Wiesbaden
Gustav-Stresemann-Ring 9, 65189 Wiesbaden

Registergericht: Amtsgericht Wiesbaden HRB 8267
Ust-Nr.: 040 229 86838, FA Wiesbaden

Deutsche Bank AG, Wiesbaden
BLZ 510 700 21, Kto.-Nr. 8 108 722
IBAN: DE 67 51070021 0810872200
BIC: DEUTDEFF510

Telefon: +49 (0) 6 11/15 07-0
Telefax: +49 (0) 6 11/15 07-22

E-Mail: info@bb-h.de
Internet: www.bb-h.de

Nassauische Sparkasse, Wiesbaden
BLZ 510 500 15, Kto.-Nr. 100 018 616
IBAN: DE 54 51050015 0100018616
BIC: NASSDE55

Vorsitzender des Aufsichtsrates:
Volker Fasbender

Geschäftsführung:
Norbert Kadau, Michael Schwarz

Wiesbadener Volksbank e. G., Wiesbaden
BLZ 510 900 00, Kto.-Nr. 504 408
IBAN: DE 22 51090000 0000504408
BIC: WIBADE5W

DRITTER NACHTRAG

zur Rückbürgschaftserklärung G 5505 – 288 vom 17.12.2012
in der Fassung des 2. Nachtrags G 5505 – 294 vom 03.02.2015

Abschnitt III Nr.2 erhält folgende Fassung:

Die maximale Bürgschaftsverpflichtung zugunsten eines Kredit- oder Leasingnehmers beträgt 1.250.000,-- EUR. Für Vorhaben im Bereich des Energieeinspar-Contractings kann die maximale Bürgschaftsverpflichtung zugunsten eines Kredit- oder Leasingnehmers in den Jahren 2016 und 2017 unter den nachfolgenden Bedingungen auf 2.000.000,-- EUR erhöht werden:

- Der Betrieb des Contractinggebers besteht bereits seit mindestens drei Jahren.
- Das Einsparcontracting-Projekt erbringt eine Energieeinsparung von mindestens 25 vom Hundert.
- Die Angabe der Einsparung ist wesentlicher Bestandteil des Contractingvertrages. Die Berechnung erfolgt durch den Contractinggeber, um die Erzielung der vereinbarten Einsparung zu belegen und die Machbarkeit zu bestätigen.
- Die Angaben zur Einsparung sind von regionalen Energieagenturen oder (vom BAFA) zertifizierten Energieberatern nach Plausibilitätsprüfung zu bestätigen.
- Die Bürgschaftsbank stellt sicher und bestätigt, dass sich aus den Verträgen zwischen Contractinggeber und -nehmer keine ersichtlichen Nachteile für die Rückbürgen ergeben.
- Auf Energieeinspar-Contracting entfallende Schäden (unter Nennung folgender Angaben: Anzahl der Fälle, Höhe des auf den Bund entfallenden Ausfallanteils, Gesamtschadenhöhe, ursprüngliche Bürgschaftshöhe, ursprüngliche Kredithöhe) sind – gesondert von Schäden aus sonstigem Geschäft der Bürgschaftsbank- von der Bürgschaftsbank vierteljährlich per 31. Januar/30. April/31. Juli und 31. Oktober jeweils bis zum 15. des Folgemonats gesammelt dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zu melden. Eine Kopie der Meldung wird dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen zugeleitet.
- Dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen ist darüber hinaus vierteljährlich per 31. Januar/30. April/31. Juli und 31. Oktober jeweils bis zum 15. des Folgemonats über den Geschäftsablauf (unter Nennung folgender Angaben: Anzahl der genehmigten Fälle, Gesamtsumme der genehmigten Kredite, Gesamtsumme der in die

Rückbürgschaft einbezogenen Bürgschaftsfälle) für den Bereich Energieeinspar-Contracting gesondert zu berichten. Die Berichterstattung gemäß Abschnitt III Nr. 15 der Urkunde Nr.: G 5505 – 288 vom 17.12.2012 bleibt davon unberührt.

- Übliche Sicherheiten, soweit bei Energieeinspar-Contracting möglich, sind zu vereinbaren.

In diesem Rahmen sind mehrere Bürgschaften für eine Kreditnehmereinheit im Sinne des KWG zulässig.

Bürgschaftsverpflichtungen mit einem Betrag von mehr als 750.000,-- EUR sowie die Aufstockung bestehender Bürgschaftsverpflichtungen, die zu einer Überschreitung des Betrages von 750.000,-- EUR führen, dürfen ausschließlich nach der De-minimis-VO (EU) 1407/2013 oder für Investitionsbürgschaften - bei Vorliegen der Voraussetzungen – nach der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (EU) Nr.651/2014 gemäß der der Kommission unter SA.39134 angezeigten Regelung i.V.m. der von der EU-Kommission am 15.09.2009 unter N365/2009 genehmigten Beihilfewertberechnungsmethode (VDB-Rechner) eingegangen werden.

Bad Homburg v.d.Höhe, den 22. Dezember 2015

Bundesamt für zentrale Dienste
und offene Vermögensfragen

Bauer

Ruchelshausen

